

angenommen abgelehnt überwiesen an:.....

1 **Abgeltungssteuer fairer gestalten: Wiedereinführung einer**
2 **Spekulationsfrist bei der Veräußerung von Wertpapieranlagen**

3 **Forderung:**

4 **Die Bundesregierung wird aufgefordert umgehend Änderungen an der Abgeltungssteuer**
5 **vorzunehmen und zwar durch (Wieder-)Einführung einer Spekulationsfrist.**

6 **Die Spekulationsfrist soll, wie in Frankreich praktiziert, zwischen 5-7 Jahren betragen. Ab**
7 **dem 5. Jahr kann jeweils ein Drittel der Kursgewinne steuerfrei vereinnahmt werden, ab**
8 **dem 7. Jahr dann der komplette Kursgewinn.**

9 **Begründung:**

10 Die derzeitige Ausgestaltung der neuen Steuer belastet vor allem langfristig orientierte
11 Aktien- und Fondssparer über Gebühr. Hier müssen dringend Veränderungen erreicht
12 werden. Seit Jahren propagiert die Politik den Einstieg in die private Altersvorsorge, um die
13 schon heute absehbare Rentenlücke zu schließen. Aktien und Fonds sind gerade mit Blick auf
14 die Altersvorsorge hervorragende Instrumente. Auf lange Sicht ist das Verhältnis von Risiko
15 und Rendite sehr attraktiv. Daher ist die Aktie ideal für die private Altersvorsorge. Die
16 Abschaffung der Spekulationsfrist konterkariert dies jedoch. Die Versteuerung der
17 Kursgewinne nimmt der Aktie einen Großteil ihrer Attraktivität. Eine Veränderung zugunsten
18 langfristig orientierter Sparer ist notwendig und würde einen enormen positiven Impuls für
19 die Kapitalmärkte und das Finanzsystem bedeuten: Vorstellbar ist eine Konstruktion ähnlich
20 wie in Frankreich. Dort gibt es eine Spekulationsfrist von 5-7 Jahren. Ab dem 5. Jahr kann
21 jeweils ein Drittel der Kursgewinne steuerfrei vereinnahmt werden. Ab dem 7. Jahr dann der
22 komplette Kursgewinn.

23 Auch mit Blick auf die Finanzkrise ist die Wiedereinführung der Spekulationsfrist geboten.
24 Denn in der Krise werden Privatanleger weltweit als Schock-Absorber genutzt. Sie tragen
25 einen Großteil der Risiken und federn die schlimmsten Kursauschläge mit ihren
26 Ersparnissen ab. Dafür sollte der Staat ihnen aber im Gegenzug auch eine ansprechende
27 Rendite ermöglichen, eine Art Risikozuschlag. Zudem ist es nicht gerecht, dass der langfristig
28 orientierte Anleger steuerlich genauso behandelt werden wie diejenigen die durch
29 kurzfristige Finanzspekulationen Kapitalmärkte, ganze Volkswirtschaften, Staatshaushalte
30 und das Vertrauen von Anlegern und Verbrauchern in eine schwere Krise gestürzt haben.
31 Deshalb fordern wir, die Abschaffung der Spekulationsfrist sofort rückgängig zu machen und
32 die langfristige Kapitalanlage wieder steuerfrei zu stellen.